



Presseinformation

Kita-Qualität versus Kita-Finanzierung?

Kiel, 15.06.2011
14/2011

Am 17. Juni lädt die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V. zu einer Fachveranstaltung in die Landesgeschäftsstelle des DRK-Landesverbandes am Klaus-Groth-Platz 1 ein. Titel: „Aufbewahrung oder Bildung in Kitas – Welche Zukunft für Kinder in Schleswig-Holstein?“.

Landesweit geht der Trend zurzeit dahin, dass die Eltern über die Erhöhung der Kita-Gebühren finanziell stärker belastet werden. Dabei ist es noch nicht lange her, dass mit einer Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr finanzielle Hürden für die Eltern fallen sollten, um wirklich allen Kindern den Kita-Besuch zu ermöglichen.

Statt der damals geplanten finanziellen Entlastung der Eltern wird vielleicht in manchen Gemeinden schon bald das Gegenteil eintreten.

In der LAG ist man sich sicher, dass es auch anders geht. Gemeinsam mit Kita-Trägern, Ministeriumsvertretern und Abgeordneten der im Landtag vertretenen Fraktionen sollen die Experten am Freitag über Qualität und Finanzierung der Kitas diskutieren. Als Grundlage dazu wird Professor Stefan Sell vom Institut für Bildungs und Sozialpolitik der Fachhochschule Koblenz, zur Rendite von frühkindlicher Bildungsqualität referieren und Fachfrau Dr. Ilse Wehrmann aus Bremen zur Qualität in Kitas sprechen. Ein fachliches Statement abgeben wird auch Dr. Gertrud Weinriefer-Hoyer vom Landesministerium für Bildung und Kultur. An der Veranstaltung werden neben Kita-Trägern auch Abgeordnete der im Landtag vertretenen Parteien teilnehmen.

Um das Kita-System im Hinblick auf Qualität und Finanzierung landesweit besser aufzustellen, fordert die LAG statt der heutigen unübersichtlichen Vertrags- und damit Finanzierungsvielfalt ein landeseinheitliches Finanzierungskonzept. Statt der heutigen Zuwendungsfinanzierung sollte darüber hinaus über Leistungsvereinbarung nachgedacht werden.

DRK-Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Klaus-Groth-Platz 1
24105 Kiel
Tel. 0431 57 07-0
Fax 0431 57 07-218
www.drk-sh.de
info@drk-sh.de

Ansprechpartner
DRK-Pressestelle
Paul Herholz
Tel. 0431 57 07-117
Fax 0431 57 07-119
paul.herholz@drk-sh.de

Die sieben Grundsätze der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung

- Menschlichkeit
- Unparteilichkeit
- Neutralität
- Unabhängigkeit
- Freiwilligkeit
- Einheit
- Universalität

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Kita - verpasste Chancen!

Nr. 345.11 / 17.06.2011

Zur heutigen Pressekonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der freien Wohlfahrtsverbände zur Kita-Finanzierung erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Anke Erdmann**:

Gelang die Abschaffung des beitragsfreien Kindergartenjahres noch im Galopp, so nähert sich der Minister der versprochenen landesweiten Sozialstaffelregelung mit der Gemächlichkeit einer Schnecke. Sie ist aber wichtig, damit möglichst viele Eltern und Kinder sich für den Besuch einer Kita entscheiden – auch bei kleinem Geldbeutel. Würden wir Grünen nicht ab und an im Bildungsausschuss nach den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Sozialstaffel fragen, der Minister würde sich zu dieser Frage gänzlich ausschweigen. Den Eltern und Kindern hilft es wenig, die Frage auszusetzen. Verweise auf das Sozialgesetzbuch helfen allein auch nicht weiter. Mehr Engagement an dieser Stelle wäre sinnvoll gewesen!

Ebenso wie die Sozialstaffel hatte der Minister mit der Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres auch angekündigt, von den 35 Millionen Euro Einsparungen für den Landeshaushalt würden im Gegenzug zehn Millionen Euro mehr ausgegeben. In seiner Pressemitteilung vom 19.05. heißt es: „Er (der Minister) wolle diese Millionen-Aufstockung für die gezielte Verbesserung der Bildungsqualität in den Kindertagesstätten einsetzen.“ Davon ist nicht viel zu merken. Die Kitas warten heute noch auf die Aufstockung in Sachen Finanzen. Der Minister hat hier eine Chance verpasst. Hätte er den Vorschlag der LAG der Wohlfahrtsverbände ernst genommen, so wären die Mittel zwar über die Kreise und kreisfreien Städte geflossen – aber an solche Bedingungen geknüpft, dass in den bestehenden Kitas auch wirklich etwas spürbar wird. So hätten die Fachberatung und die Leitungszeit ausgebaut werden können. Ein offenes Ohr für die PraktikerInnen wäre sinnvoll gewesen.

Gerade viele Kita-Leitungen kommen derzeit kaum zu ihren Kernaufgaben, weil sie mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes beschäftigt sind. Hier müssen die Kitas ausbaden, was die Politik in Sachen praktischer Umsetzung nicht mitgedacht hat. Die Mittel nicht in Bildungspäckchen zu schnüren, sondern an die Kitas und Schulen für bessere Ausstattung vor Ort zu geben, wäre sinnvoller gewesen.

Drei verpasste Chancen.

Notruf aus den Kindergärten: Zu wenig Geld

KIEL Die Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holsteins haben ein einheitliches Finanzierungskonzept für Kindertagesstätten gefordert. Damit solle das System im Hinblick auf Qualität und Finanzierung besser aufgestellt werden, teilte die Landesarbeitsgemeinschaft der Verbände gestern mit. Sie kritisierte den Trend, dass die Eltern über eine Erhöhung der Kita-Gebühren immer stärker belastet würden. Da die Kreise „nach Gusto Zuschüsse gewähren“, gebe es einen Wildwuchs bei

den Gebühren, erklärte Professor Stefan Sell von der Fachhochschule Koblenz. „Schleswig-Holstein muss nachlegen, sowohl in der Qualität als auch bei der Quantität der Betreuung“, sagte der Bildungsökonom. „Der Finanzteil des Landes an der Kitabetreuung ist unterdurchschnittlich.“

Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) wies die Vorwürfe zurück. „Es gibt keine Absenkung der Mindeststandards.“ *sh:z*



Standpunkte

Wirtschaft in der Pflicht

Die Gebühren für Kitas im Norden steigen immer weiter

VON MARGRET KIOSZ

Gute Kinderbetreuung ist teuer. Wer hier spart, spart an der Zukunft. Doch diese Einsicht hilft Eltern in Schleswig-Holstein nicht weiter: Sie zahlen schon heute bundesweit die höchsten Kita-Gebühren. Hilfe vom Land ist nicht zu erwarten. Das ist pleite. Vielen Kreisen und Kommunen geht es kaum besser. Also weiter an der Gebührenschaube drehen und Väter und Mütter noch stärker belasten?

Das kann nicht der Ausweg sein. Der Bund und die Wirtschaft müssen sich an der Finanzierung beteiligen. Wenn Berlin

wegen der Föderalismusregeln dem Land schon nicht bei den Schul- und Hochschulkosten unter die Arme greifen darf, sollte er das wenigstens bei den Kitas tun – und zwar weit stärker als bisher. Es ist schwer vermittelbar, warum ein Durchschnittsverdiener im finanzschwachen Schleswig-Holstein 3000 Euro pro Jahr für einen Halbtags-Platz zahlen muss, während es anderswo die gleiche Leistung gratis gibt. Solche Unterschiede nach Kassenlage werden zu Recht kritisiert.

Auch die Wirtschaft muss mit ins Boot.

Wer gebetsmühlenartig eine höhere Frauenerwerbsquote verlangt und Mütter für Billig-Jobs an Supermarktkassen rekrutieren will, kann die sozialen Folgekosten nicht auf die Familien abwälzen und Kita-Träger auf Zusatzkosten für flexible Öffnungszeiten sitzen lassen. Nachwuchsförderung fängt eben nicht erst mit dem Ende der Schulzeit an, sondern schon im Pampers-Alter.

An diese Adressaten sollten Kirchen und Sozialverbände ihre Forderung nach mehr Kita-Geld richten oder aber aus dem

Geschäft aussteigen. Sonst müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, für die fortschreitende soziale Spaltung der Republik in reich und arm mitverantwortlich zu sein und gegen ihre Weltanschauung zu handeln. Zumal niemand die Wohlfahrtsverbände zwingt, Kitas zu leiten, die ihren eigenen Qualitätsansprüchen für die Betreuung der Kinder und Bezahlung des Personals nicht entsprechen. In diese Falle sind die sozialen Träger schon bei der Altenbetreuung getappt und haben Glaubwürdigkeit verspielt.

Kinder-Betreuung bald unbezahlbar?



Wohlfahrtsverbände beklagen Preisschraube und Absenkung von Mindeststandards

KIEL Wird der Kita-Besuch bald zum Luxus für Kinder wohlhabender Eltern? Die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände geht davon aus, dass Väter und Mütter, die keinen Sozialrabatt bekommen, bald stärker als bisher für die Betreuung ihres Nachwuchszur Kasse gebeten werden. Schon jetzt drehen etliche Kreise und Kommune an der Preisschraube und fahren ihre Zuschüsse zurück, erklärte Verbands-Chefin Petra Thobaben gestern in Kiel. Weil nicht genug Geld für frühkindliche Bildung da ist und man den Kitas immer mehr Aufgaben aufbürde, würden vorgeschriebene Mindeststandards nicht eingehalten. Gruppengrößen von 25 – eigentlich nur für äußerst seltene Ausnahmefälle vorgesehen – seien heute die Regel. Statt zwei Betreuerinnen gebe es häufig nur eine. „Nötig ist ein landesweit einheitliches Finanzierungskonzept auf der Basis klarer Leistungsvereinbarungen“, so Thobaben.

Rückendeckung erhielt der Verband auf seiner Tagung in Kiel von Professor Stefan Sell von der Fachhochschule Koblenz: „Schleswig-Holstein muss nachlegen, sowohl in der Qualität als auch der Quantität der Betreuung.“ Alles andere sei ein „Verbrechen an den Kindern“. Sell widersprach der Politik, die sich die Situation schön rede. „Der Finanzteil ihres Landes an der Kitabetreuung ist unterdurchschnittlich“, so der Bildungsökonom. Da die Kreise „nach Gusto Zuschüsse gewähren“, gebe es einen Wildwuchs bei den Gebühren. Teilweise müssen Eltern bis zu 48 Prozent der Kita-Kosten übernehmen – Tendenz steigend. „Hier fehlt eine landesweite Systematik.“ Falls das Land nicht bereit sei, verbindliche Standards vorzugeben und diese auch zu finanzieren, müssten die Wohlfahrtsverbände – schon wegen ihrer weltanschaulichen Ausrichtung – notfalls über einen Ausstieg aus der Kita-Betreuung nachdenken. Zudem müsse der Bund stärker ins Boot geholt

werden. Es sei ein Unding, dass in reichen Städten die Kita-Gebühren am niedrigsten sind und in armen Kommunen mit vielen Sozialleistungsempfängern gerade die Mittelschicht stark belastet wird.

Das Bildungsministerium widersprach den Aussagen der Wohlfahrtsverbände. „Es gibt in Schleswig-Holstein keine Absenkung der Mindeststandards“, erklärte Minister Ekkehard Klug (FDP). Das Land habe den Betriebskostenzuschuss für Kitas um zehn Millionen Euro erhöht, und für den Krippenausbau deutlich mehr Geld bereitgestellt.

Die Grünen warfen Klug vor, das Versprechen landesweit einheitlicher Sozialstaffeln „mit der Gemächlichkeit einer Schnecke“ voranzutreiben. Eltern und Kindern hilft es wenig, die Frage auszusetzen. Auch auf die zehn Millionen Euro als Kompensation für das gestrichene dritte beitragsfreie Kita-Jahr warteten die Einrichtungen bis heute, kritisiert Anke Erdmann.

Margret Kiosz

Finanzierung ein einziges Kuddelmuddel

Einheitliches System für Kitas gefordert

Kiel. Für Prof. Stefan Sell ist die Kita-Betreuung in Schleswig-Holstein stark unterentwickelt. „Es gibt ein qualitatives und ein quantitatives Problem. Schleswig-Holstein muss deutlich beim Ausbau der Kitaplätze für unter Dreijährige und bei den Ausgaben für Kitas nachlegen“, forderte der Ökonom von der Fachhochschule Koblenz gestern in Kiel auf einer Fachveranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein.

Von Heike Stüben

Eltern kennen das: Einen Kita-Platz am Ort zu bekommen, ist das Eine. Diesen Platz auch bezahlen zu können, das Andere. „Denn die Finanzierung ist ein einziges Kuddelmuddel der Gebietskörperschaften. Bei den Elternbeiträgen herrscht Wildwuchs nach Gusto und Gnade der politisch Verantwortlichen“, konstatierte Sell. Zwar gewährt eine Sozialstaffel vielerorts mittellosen Familien den Kita-Besuch zum Null- oder Minitarif. Aber erstens sind die Grenzen dafür von Wohnort zu Wohnort unterschiedlich. Und zweitens bedeutet es: Wer nur knapp über der Einkommensgrenze liegt, den kommt der Kita-Besuch oft teuer zu stehen: Etwa 30 Prozent der Gesamtkosten für einen Kitaplatz mussten die Eltern jahrelang selbst beisteuern. Inzwischen liegt der Eigenanteil in vielen Gemeinden und Kommunen bei 35 Prozent. Und er wird weiter steigen, berichtete gestern nicht nur Andrea Strämke vom DRK: Es gebe Gemeinden, da werde der Elternbeitrag auf einen Schlag um 20 Prozent erhöht, und in einem Fall müssten die Eltern künftig sogar 48 Prozent der Platzkosten selbst finanzieren. Was die Eltern richtig auf die Palme bringt, ist aber, dass sie für steigende Beiträge eine unzureichende Betreuung erhalten: Wenn 25 Kindern pro Gruppe in der Regel 1,5 Betreuer-Stellen zu-

gebilligt werden, dann bedeutet das bei immer längeren und flexiblen Öffnungszeiten, bei Fortbildung, Urlaub und Krankheit, dass tatsächlich nur eine Kraft anwesend ist. „Bildung und eine individuelle Förderung, wie sie die Kita leisten soll, sind unter diesen Rahmenbedingungen nicht möglich“, befand die Sachverständige für Frühpädagogik, Dr. Ilse Wehrmann, gestern und forderte auch deutlich mehr Anstrengungen bei der Betreuung der unter Dreijährigen. Denn bei diesem Alter könne man die Entwicklung der Kinder am stärksten fördern.

Kinder unter drei Jahren sind aber auch besonders verletzlich. „Deshalb müssen bei den Betreuungs- und Personalstandards in dieser Gruppe rigide Maßstäbe angelegt werden. Das Kita-Gesetz entspricht da bei Weitem nicht den Fachforderungen“, sagte Sell. Dabei sehen die Kritiker durchaus die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Landesregierung durch die Schuldenbremse. Ihr Vorschlag: Die Landesregierung sollte zusammen mit den Trägern ein Stufenkonzept verabschieden und eine finanzielle Beteiligung des Bundes und der Wirtschaft einfordern. Um beim Thema Kinderbetreuung nicht vom Rest der Republik abgehängt zu werden, benötige Schleswig-Holstein ein einheitliches, gerechtes und auskömmliches Finanzierungssystem.

Experten fordern mehr Geld für Kitas

Kiel. Eine gute Kitabetreuung, die sich alle Eltern leisten können – davon ist Schleswig-Holstein weit entfernt, kritisierten Experten gestern in Kiel und forderten eine einheitliche, gerechte Finanzstruktur und Sozialstaffel sowie mehr Geld für Kitas – auch von Bund und Wirtschaft.

stü
Kommentar Seite 2, Seite 30

Von Heike Stüben

Pflegefall(e) Kinderbetreuung

Wie viel müssen Eltern für einen Kitaplatz zahlen? Bis heute haben es diverse Landesregierungen in Schleswig-Holstein nicht geschafft, darauf eine klare Antwort zu geben. Denn wer im Dickicht der Kinderbetreuung wie viel zahlt, hängt vom Wohnort ab. Umziehen für einen Kitaplatz? In Schleswig-Holstein ist das traurige Realität. Und das ist nicht das einzige Problem der öffentlichen Kinderbetreuung.

Land, Kreise, Kommunen, Einrichtungsträger – sie alle übernehmen einen Anteil bei der Finanzierung der Kitaplätze. Die Eltern – oberhalb der Armutsgrenze – zahlen den Rest, und der fällt je nach Kassenlage der Beteiligten unterschiedlich aus. Dass dieses ungerechte, undurchsichtige System beendet werden muss, bejahen alle Beteiligten. Geändert aber wurde weder

das System noch die Sozialstaffel, über die ebenfalls jede Gemeinde nach Gutdünken befindet.

Dabei drängt die Zeit, weil in gut zwei Jahren allen Eltern, die dies wünschen, für unter Dreijährige ein Betreuungsplatz bereitgestellt werden muss. Man geht davon aus, dass Plätze für 35 Prozent der Kinder ausreichen. Aber was ist, wenn – wie in Bordesholm – 60 Prozent der Eltern einen Krippenplatz wollen? Weil sie arbeiten wollen oder müssen. Weil die Wirtschaft nach Arbeitskräften verlangt – auch abends und am Wochenende. Wo kommen dann die Kitaplätze mit passenden Öffnungszeiten und das qualifizierte Personal her? Denn das wird schon jetzt abgeworben: Im Süden hat man erkannt, dass im Kita-Bereich eine ähnliche Personal-Falle droht wie in der Pflege.



KiTa

Keine abgesenkten Mindeststandards

19.06.2011 | **Kiel. Schleswig-Holsteins Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) hat die Landesfinanzierung für Kindergärten gegen Kritik verteidigt.**

"Es gibt in Schleswig-Holstein keine abgesenkten Mindeststandards in den Kindertageseinrichtungen. Kinder brauchen gute Bildung von Anfang an", sagte Klug am Freitag auf einer Veranstaltung der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände in Kiel. Die Verbände fordern seit langem eine bessere Ausstattung für die Kindertagesstätten.

Nach Klugs Angaben hat das Land zu Beginn des Jahres 2011 nicht nur die Kita-Betriebskostenförderung für Kinder über drei Jahren um zehn Millionen Euro erhöht, sondern auch die Hilfen für den Krippen-Ausbau der unter Dreijährigen (U3) von 46 Millionen auf 60 Millionen Euro aufgestockt. Zudem habe die CDU-FDP-Landesregierung im U3-Bereich elf Millionen Euro für die Betriebskostenförderung sowie sechs Millionen Euro für die vorschulische Sprachförderung bereitgestellt.

Damit reagierte der Minister auch auf die jüngste Kritik des Verbandes Evangelischer Kindertageseinrichtungen (VEK). Nach dessen Berechnungen macht die Landesförderung im Schnitt gerade mal bis zu 18 Prozent der Kostendeckung für die Einrichtungen aus. Ein Aktionsbündnis Kindertagesstätten hatte bereits zum Jahresbeginn die Alarmglocken geläutet. Die meisten der 1.640 Kitas mit ihren insgesamt 94.400 Plätzen seien stark unterfinanziert.

Klug verteidigte die im vergangenen Jahr von der CDU-FDP-Mehrheit beschlossene Abschaffung des für Eltern beitragsfreien dritten Kindergarten-Jahres. Jedem Kinde müsse ein früher Besuch unabhängig vom Elterneinkommen ermöglicht werden. "Die Regelung der Beitragsfreiheit hat dazu nicht beigetragen", betonte der FDP-Politiker. Sie habe auch nicht für eine Erhöhung der Quote der betreuten Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren gesorgt. "Diese Quote sank während der Beitragsfreiheit von 93,6 Prozent im Kindergartenjahr 2008/2009 auf 92 Prozent in 2009/2010", betonte Klug.



Medien-Information

Freitag, 17. Juni 2011

Bildungsminister Dr. Klug: Niemand rüttelt an den Kita-Standards

KIEL. „Es gibt in Schleswig-Holstein keine Absenkung der Mindeststandards in den Kindertageseinrichtungen. Kinder brauchen gute Bildung von Anfang an.“ Das sagte heute (17. Juni) Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug vor dem Hintergrund einer Veranstaltung der Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, auf der eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten gefordert wurde.

Der Minister betonte den hohen Stellenwert frühkindlicher Bildung und sagte, das Land habe zu Beginn des Jahres 2011 nicht nur die Kita-Betriebskostenförderung für Kinder über drei Jahren um 10 Millionen Euro erhöht, sondern auch die Investitionskostenförderung für den Krippen-Ausbau der unter Dreijährigen (U3) von 46 Millionen auf 60 Millionen Euro aufgestockt. Zudem habe die Landesregierung im U3-Bereich mehr als 11 Millionen Euro für die Betriebskostenförderung sowie sechs Millionen Euro für die vorschulische Sprachförderung bereitgestellt. „Diese erheblichen Mittelzuweisungen sind vor dem Hintergrund der Haushaltslage beileibe nicht selbstverständlich, aber sie sind richtig“, sagte der Minister.

Die Landesregierung müsse klare Schwerpunkte setzen. Dazu gehöre auch die Sicherung und Steigerung der frühkindlichen Förderung, die durch die Aufgabe des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres möglich werde. Mit der frühkindlichen Förderung würden die Weichen für die spätere schulische und berufliche Entwicklung gestellt, sagte der Minister. Jedem Kind müsse ein früher Besuch eines Kindergartens unabhängig vom Elterneinkommen ermöglicht werden.

„Die Regelung der Beitragsfreiheit in Schleswig-Holstein hat dazu nicht beigetragen“, betonte Klug. Sie habe auch nicht zur Erhöhung der Quote der betreuten Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren beigetragen. „Diese Quote sank während der Beitragsfreiheit von 93,6 Prozent im Kita-Jahr 2008/2009 auf 92 Prozent im Kita-Jahr 2009/2010“, betonte der Minister.

Klug sagte zudem, ein kritisches Nachdenken über die Finanzausstattung von Kindertagesstätteneinrichtungen verlange die analytische Beschäftigung mit dem

aktuellen Finanzierungssystem. Die vorhandenen Mittel für frühkindliche Bildung müssten so effektiv wie möglich eingesetzt werden. „Es ist unser Ziel, ein transparentes, qualitäts- und nachfrageorientiertes Finanzierungssystem für die Kindertagesbetreuung zu entwickeln“, sagte der Bildungsminister.